



Öffentliches Recht und Europarecht AKTUELL

05/2014 31.01.2014

REDAKTIONELLE LEITUNG:

Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler / Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Hauer/Metzler

[Schriftsatzmuster Öffentliches Recht 2014](#)

Das Musterbuch „Schriftsatzmuster Öffentliches Recht“ enthält die wichtigsten Schriftsatzmuster des öffentlichen Rechts (zB Bescheidbeschwerde, Revision, Revisionsbeantwortung, Erkenntnis- bzw Beschlussbeschwerde) mit zahlreichen praktischen Hinweisen in Fußnoten und ist bereits an die Verwaltungsgerichtsbarkeitsreform 2012/2014 angepasst.

25,- EUR, 4. Auflage, XII und 137 Seiten, Weicheinband, broschiert, Stand: 01.01.2014, ISBN 978-3-902883-11-7.

Zu beziehen ua über www.pedell.at.

I. Bundesgesetzblatt

[BGBl I 4/2014](#)

Kundmachung des Bundeskanzlers über die Aufhebung einer Wortfolge in § 2 Abs. 1 sowie des § 2 Abs. 2 und des § 3 Abs. 1 und 2 des **Fortpflanzungsmedizingesetzes** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl I 5/2014](#)

Kundmachung des Bundesministers für Verfassung und Öffentlichen Dienst betreffend die **Berichtigung von Verlautbarungen im Bundesgesetzblatt**

[BGBl II 16/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung über das Verbot der Verwendung von bestimmten Weichmachern (Phthalaten) in Babyartikeln (**PhthalatV**) und die Verordnung, mit der das In-Verkehr-Bringen DMF-haltiger Produkte untersagt wird (**DMF-Verordnung**), aufgehoben werden

[BGBl II 17/2014](#)

Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über die Aufhebung einer Wortfolge in der **Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2012** durch den Verfassungsgerichtshof

[BGBl II 18/2014](#)

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über Obstweine (**Obstweinverordnung**)

II. Amtsblatt der EU

[ABI L 23 v 28.01.2014, 25](#)

Verordnung (EU) Nr 70/2014 der Kommission vom 27. Januar 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1178/2011 zur **Festlegung technischer Vorschriften und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf das fliegende Personal in der Zivilluftfahrt** gemäß der Verordnung (EG) Nr 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates

[ABI L 23 v 28.01.2014, 27](#)

Verordnung (EU) Nr 71/2014 der Kommission vom 27. Januar 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 965/2012 zur **Festlegung technischer Vorschriften und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf den Flugbetrieb** gemäß der Verordnung (EG) Nr 216/2008

[ABI L 25 v 28.01.2014, 1](#)

Delegierte Verordnung (EU) Nr 44/2014 der Kommission vom 21. November 2013 zur Ergänzung der Verordnung (EU) Nr 168/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Anforderungen an die **Bauweise von Fahrzeugen** und der allgemeinen Anforderungen im Zusammenhang mit der **Typgenehmigung von zwei-, drei- und vierrädrigen Fahrzeugen**

III. Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof, Verwaltungsgerichte

A. Verfassungsgerichtshof

21.11.2013, [G 83/2013](#)

StrafvollzugsG; Unzulässigkeit des Individualantrags eines Strafgefangenen auf Aufhebung von Bestimmungen des StrafvollzugsG über den Vollzug einer Freiheitsstrafe in Form des **elektronisch überwachten Hausarrests** infolge **Möglichkeit der Erwirkung eines Bescheids** des Anstaltsleiters

21.11.2013, [B 1281/2013](#)

ZPO; Abweisung des Antrags auf Wiederaufnahme eines mit Zurückweisung wegen nicht behobenen Formmangels beendeten Beschwerdeverfahrens mangels Vorliegens eines Wiederaufnahmegrundes; gesetzliche **Verpflichtung zur elektronischen Einbringung** auch der **in Entsprechung eines Verbesserungsauftrags** erstatteten Schriftsätze

22.11.2013, [G 84/2013](#)

SchulunterrichtsG; Zurückweisung eines Individualantrags auf Aufhebung von Bestimmungen des Schulunterrichtsgesetzes betreffend die **Unterrichtssprache und die Leistungsbeurteilung** mangels Verletzung der Rechtssphäre der im eigenen Namen antragstellenden Eltern zweier hörbehinderter minderjähriger Schülerinnen; überdies zumutbarer Weg von betroffenen Schülern hinsichtlich eines Antrags auf **Verwendung der Gebärdensprache als Unterrichtssprache** gegeben

22.11.2013, [B 867/2013](#)

Wr DienstO 1994; Verletzung im Gleichheitsrecht durch Zurückweisung des Feststellungsantrags einer in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis zur Stadt Wien stehenden Ärztin über die Rechtswidrigkeit einer Weisung betreffend die **Enthhebung von ihrer Funktion als Vorständin einer Krankenhausambulanz** infolge Annahme der Klärung der Frage in einem gerichtlichen Verfahren; Hinweis auf die Begründung der Aufhebung des im ersten Rechtsgang erlassenen Bescheides

22.11.2013, [U 597/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf Zuerkennung des Status des subsidiär Schutzberechtigten und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan mangels **Auseinandersetzung mit den Länderberichten und der Sicherheitslage** in der Heimatprovinz Ghazni

22.11.2013, [U 1326/2012](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung des Beschwerdeführers nach Afghanistan infolge **Ignorierens des Parteivorbringens** hinsichtlich des Alters des Beschwerdeführers sowie **Fehlens jeglicher Feststellungen zur Sicherheitslage** in der Heimatprovinz Bamiyan

22.11.2013, [U 689/2013](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung des Antrags auf internationalen Schutz und Ausweisung des Beschwerdeführers in den Irak infolge **Außerachtlassung des Parteivorbringens hinsichtlich der Gefahrenlage** in der Herkunftsregion Mosul-Ninawa

03.12.2013, [B 759/2011](#)

Tir GrundverkehrsG; keine Verletzung verfassungsgesetzlich gewährleisteter Rechte durch Versagung der **grundverkehrsbehördlichen Genehmigung eines Kaufvertrags** mangels Landwirteigenschaft des Erwerbers angesichts der Bewirtschaftung seiner landwirtschaftlichen Grundflächen durch einen Pächter und wegen vorhandener Interessenten; keine Bedenken gegen das **System der Interessentenregelung** im Hinblick auf eine Inländerdiskriminierung

11.12.2013, [G 123/2012](#)

Bundesbahn-PensionsG; Zurückweisung eines Antrags des OGH auf Aufhebung von Bestimmungen des ÖBB-Pensionsgesetzes in der Fassung des Budgetbegleitgesetzes 2003 betreffend die **Anhebung des Pensionsantrittsalters** als im Hinblick auf die vorgebrachten Bedenken zu eng gefasst

11.12.2013, [B 1100/2013](#)

Landeslehrer-DienstrechtsG; Verletzung im Gleichheitsrecht durch die Auswahlentscheidung der Behörde bei **Besetzung der Leiterstelle an einer Volksschule**; in die Verfassungssphäre reichende Mangelhaftigkeit der Bescheidbegründung

11.12.2013, [U 1159/2012 ua](#)

AsylG 2005; Verletzung im Recht auf Gleichbehandlung von Fremden untereinander durch Abweisung der Anträge auf internationalen Schutz und Ausweisung der Beschwerdeführer in den Iran mangels ausreichender Begründung hinsichtlich der **Nachvollziehbarkeit und Aktualität der Länderfeststellungen** sowie unzureichender Beweiswürdigung im Hinblick auf die Ausreise der Beschwerdeführer aus ihrer Heimat

B. Verwaltungsgerichtshof

11.12.2013, [2012/04/0126](#)

AußenwirtschaftsG; Abweisung eines Antrags auf Erteilung einer **Ausfuhrgenehmigung für Pistolen und Pistolenteile** nach Vietnam; es besteht kein begründeter Verdacht, dass durch den Vorgang **Sicherheitsinteressen Österreichs oder anderer EU-MS** verletzt oder die auswärtigen Beziehungen Österreichs erheblich gestört werden würden; gem § 6 Abs 1 AußenwirtschaftsG kommt es auf das „eindeutige Risiko“, dass die Güter zu **interner Repression** etc „verwendet werden könnten“ an, dieses ist im Falle von Vietnam gegeben

11.12.2013, [2013/04/0151](#)

GewO; Entziehung der Gewerbeberechtigung „Planung, Betreuung und das Styling von Modeschauen“ aufgrund einer rechtskräftigen **strafrechtlichen Verurteilung**; das im Strafurteil verhängte Ausmaß der Freiheitsstrafe spricht für die im angefochtenen Bescheid getroffene Prognose; von der Entziehung der Gewerbeberechtigung ist nicht schon dann Abstand zu nehmen, wenn die Begehung einer gleichen oder ähnlichen Straftat „kaum“ zu befürchten ist, sondern nur dann, wenn die Befürchtung der Begehung der gleichen oder einer ähnlichen Straftat bei der Ausübung des Gewerbes gar nicht besteht

12.12.2013, [2012/06/0184](#)

Stmk BauG; Einwendungen eines Nachbarn im Baubewilligungsverfahren; die **Erstattung einer Strafanzeige** begründet noch keine Befangenheit eines Behördenorgans; erhebliche Widersprüche im Sachverständigengutachten; dadurch, dass die Baubehörden die unvollständigen Äußerungen des Amtssachverständigen ihrer Entscheidung zugrunde legten, wurden sie ihrer Pflicht zur Erhebung und Feststellung des maßgeblichen SV nicht gerecht

19.12.2013, [2010/07/0027](#)

WasserrechtsG; eine **Bewilligung nach § 32 WasserrechtsG** darf gem § 12 Abs 1 leg cit nur erteilt werden, wenn durch das Projekt weder öffentliche Interessen beeinträchtigt noch bestehende Rechte verletzt werden; auch eine bloß geringfügige Verletzung von Rechten Dritter in qualitativer oder in quantitativer Hinsicht stellt eine maßgebliche und der Erteilung einer wasserrechtlichen Bewilligung entgegenstehende Rechtsverletzung dar; Auflagen wie etwa der Verweis auf „konstruktive Möglichkeiten“ sind zu unbestimmt

16.12.2013, [2011/11/0180](#)

ImpfschadenG; Antrag auf Entschädigung nach dem ImpfschadenG; es besteht kein Anspruch auf Beiziehung eines Facharztes einer bestimmten Fachrichtung; die **Aufhebung der Zulassung eines Impfstoffes** lässt noch keine Schlussfolgerung dahingehend zu, dass dieser Impfstoff mit **Wahrscheinlichkeit zu Gesundheitsschädigungen** führen kann; die Behauptungen des Bf betreffend einen Hinweis im Beipackzettel und das Vorliegen eines zeitlichen Zusammenhangs erfolgen nicht auf gleicher fachlicher Ebene mit dem zum gegenteiligen Ergebnis gelangenden Gutachten

16.12.2013, [2013/11/0081](#)

ImpfschadenG; Antrag auf Entschädigung nach dem ImpfschadenG; die belangte Behörde hätte aufgrund der vorgebrachten Einwendungen der Bf eine **Ergänzung des Sachverständigengutachtens** einholen müssen und es aufgrund der **aufgezeigten Unstimmigkeiten** nicht vorbehaltlos ihrer Entscheidung zugrunde legen dürfen

C. Verwaltungsgerichte

Keine relevanten Erkenntnisse und Beschlüsse im Berichtszeitraum.

IV. Gerichtshof der Europäischen Union

A. Gerichtshof

[30.01.2014, Rs C-285/12, Diakite](#)

Richtlinie 2004/83/EG – **Mindestnormen für die Anerkennung und den Status als Flüchtling oder den subsidiären Schutzstatus** – Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz – Art 15 Buchst c – **Ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit** einer Zivilperson infolge **willkürlicher Gewalt im Rahmen eines bewaffneten Konflikts** – Begriff des ‚innerstaatlichen bewaffneten Konflikts‘ – Gegenüber dem humanitären Völkerrecht autonome Auslegung – Beurteilungskriterien

B. Schlussanträge

[28.01.2014, Rs C-583/12, *Sintax Trading \(GA Cruz Villalón\)*](#)

Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, Rechte geistigen Eigentums zu verletzen – Verordnung (EG) Nr 1383/2003 – Art 13 Abs 1 – **Zuständige Stelle** für die Durchführung eines Verfahrens zur Feststellung, ob ein Recht geistigen Eigentums verletzt ist – Zuständigkeit der Zollbehörden für die Einleitung eines Verfahrens zur Feststellung, ob ein Recht geistigen Eigentums verletzt ist – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[28.01.2014, Rs C-573/12, *Alands Vindkraft \(GA Bot\)*](#)

Freier Warenverkehr – Maßnahmen gleicher Wirkung wie mengenmäßige Beschränkungen – Richtlinie 2009/28 – Nationale Förderregelungen für erneuerbare Energien – Grüne Zertifikate, die für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Quellen erteilt werden – Zuteilung, die Erzeugern mit Sitz in Schweden oder in einem Mitgliedstaat vorbehalten ist, mit dem **Schweden** ein **Kooperationsabkommen** geschlossen hat

[30.01.2014, Rs C-658/11, *Parlament / Rat \(GA Bot\)*](#)

Abkommen zwischen der Europäischen Union und der Republik Mauritius über die Bedingungen für die Überstellung mutmaßlicher Seeräuber durch die EU-geführte Seestreitkraft an die Republik Mauritius – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (**GASP**) – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Entwicklungszusammenarbeit – Wahl der Rechtsgrundlage – Art 218 Abs 6 und 10 AEUV

[30.01.2014, Rs C-557/12, *KONE ua \(GA Kokott\)*](#)

Wettbewerb – Kartellrecht – Private Durchsetzung – Schadensersatzklage – Schadensersatzforderung des Kunden eines Kartellaußenseiters gegen die kartellbeteiligten Unternehmen wegen überhöhter Preise des Kartellaußenseiters im Windschatten des Kartells – **Preisschirmeffekte** („**Umbrella pricing**“) – **Unmittelbare Kausalität** – **Effektivitätsgrundsatz**

[30.01.2014, Rs C-475/12, *UPC DTH \(GA Kokott\)*](#)

Gemeinsamer Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste – Dienstleistungsfreiheit – Zuständigkeit für die Überwachung grenzüberschreitender Dienste – **Registrierung** – **Niederlassungspflicht**

[30.01.2014, Rs C-438/12, *Weber \(GA Jääskinen\)*](#)

Gerichtliche Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EG) Nr 44/2001 – Art 22 Nr 1 – Ausschließliche Zuständigkeit – **Rechtsstreitigkeiten, die dingliche Rechte an unbeweglichen Sachen zum Gegenstand haben** – Einbeziehung des **Vorkaufsrechts an einer Immobilie** – Art 27 Abs 1 – Rechtshängigkeit – Begriff der Klagen, die ‚zwischen denselben Parteien anhängig gemacht‘ werden – Begriff der Klagen ‚wegen desselben Anspruchs‘ – **Ahnung eines Missbrauchs der Klagebefugnis** – Verbindung von Art 22 Nr 1 und Art 27 Abs 1 – Art 28 Abs 1 – Im Zusammenhang stehende Verfahren – Beurteilungskriterien für die Aussetzung des Verfahrens – Verbindung der Art 27 und 28 – **Anspruch auf effektiven gerichtlichen Rechtsschutz**

[30.01.2014, Rs C-382/12 P, *MasterCard ua / Kommission \(GA Mengozzi\)*](#)

Rechtsmittel – **Wettbewerb** – ex-Art 81 EG – **Zahlungssystem mit Debit-, Charge- und Kreditkarten** – Multilaterale Standard-Interbankentgelte – **Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen** – **Bewirkung einer Wettbewerbsbeschränkung** – Begriff „**Nebenabrede**“ – Objektive Notwendigkeit – Vereinbarungen von MasterCard über **multilaterale EWR-Interbankentgelte für grenzüberschreitende Zahlungskartentransaktionen** – Freistellungsvoraussetzungen nach ex-Art 81 Abs 3 EG – Verfahren vor dem Gericht – Voraussetzungen der Zulässigkeit der Anlagen zur Klageschrift

C. Gericht

[29.01.2014, Rs T-528/09, Hubei Xinyegang Steel / Rat](#)

Dumping – Einfuhren bestimmter nahtloser Rohre aus Eisen oder Stahl mit Ursprung in China – Feststellung einer drohenden Schädigung – Art 3 Abs 9 und Art 9 Abs 4 der Verordnung (EG) Nr 384/96 (jetzt Art 3 Abs 9 und Art 9 Abs 4 der Verordnung [EG] Nr 1225/2009)

V. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

28.01.2014, Beschwerde Nr. [35810/09](#), *O’Keeffe / Irland*

Verletzung von **Art 3** (Folterverbot und Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung) und **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde); über **400 Fälle des sexuellen Missbrauchs Minderjähriger** an einer staatlichen irischen Schule in den 1970er Jahren; **kein effektives staatliches System zur Kontrolle** bzw zum Schutz vor derartigen Übergriffen

Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren

Disclaimer

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Bau-recht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwal-tungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

Impressum

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Ass.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung); Univ.-Ass. Mag. Julia Eder, Univ.-Ass. Mag. Fabian Hanz, Univ.-Ass. Mag. Lea Leingartner, Univ.-Ass. Mag. Bianca Wögerbauer, Univ.-Ass. Mag. Beate Sündhofer, Wiss.-Mit. Sebastian Mauernböck.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.